

Ein Pakt für Deutschland

Gegen Rezession und Stillstand: **Die Familienunternehmer** machen Vorschläge, wie wir unseren Wohlstand sichern und den Standort nach vorne bringen

Von **Rainer Kirchdörfer**

Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Dahinter stehen Firmen wie Stihl, Trumpf, Oetker, Henkel und andere

Lohnt es sich noch, Unternehmerin und Unternehmer zu sein? Diese Frage hat sich lange nicht gestellt, doch das ändert sich. Unter diesem Titel diskutierte in dieser Woche ein Podium auf dem Tag des deutschen Familienunternehmens in Berlin mit mehr als 300 Gesellschafterinnen und Gesellschaftern. Vor Jahren wären solche Debatten unvorstellbar gewesen. Auf der Tagung in Berlin berichtete ein mittelständischer Chemieunternehmer aus Nordrhein-Westfalen, dass er sein Unternehmen nach mehr als 150 Jahren in Familienhand an ein japanisches Unternehmen verkaufte.

Der Mittelständler fühlte sich von der Bürokratie aus Berlin und Brüssel überfordert. Nach wie vor gilt zwar: Bei Familienunternehmen besteht selten Verkaufsmotivität. Dass der Heizungsbauer Viessmann von einem US-Konzern übernommen wird, hat aber aufhorchen lassen. Viessmann zeigt: Deutsche Familienunternehmen sind für ausländische Investoren hochattraktiv, der Standort Deutschland ist es immer weniger.

Das müssen wir drehen. Die wirtschaftliche Basis bröckelt, wir befinden uns in der Rezession. Deshalb lautet die Botschaft vom Tag des deutschen Familienunternehmens: Wir benötigen einen Pakt zur Sicherung des Standorts. Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage noch nicht erkannt. Bis heute fehlen Antworten, wie wir die wirtschaftliche Schwäche überwinden. Dafür unterbreiten die Familienunternehmen Vorschläge. Unser Land ist kreativ, sozial und finanziell stabil. Daraus können wir mehr machen.

Steuern: Die Bundesregierung ist dabei, den nächsten Haushalt aufzustellen. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden. Ein zentraler Aspekt kommt in den Etatberatungen zu kurz: Den größten Effekt für den Haushalt hätte es, wenn Deutschlands Wirtschaft wachsen würde. Nur eine wachstumsfreundliche Politik sorgt für mehr Steuern. Dafür benötigen wir kein Konjunkturpaket. Wir müssen an die Strukturen ran.

Sind Unternehmen erfolgreich, kann der Staat auch mehr Geld in Bildung investieren. Doch wenn Politik ständig nur über höhere Steuern und Abgaben spricht und sich das Wachstumsnarrativ allein auf die Stellen in den Bundesministerien bezieht, ermutigt das nicht, sondern vertreibt Unternehmen.

Deutschland ist Höchststeuerland. Eine Strukturreform mit Entlastung bei den Unternehmenssteuern ist überfällig, davon gingen Anreize für Investitionen aus. Mit Rücksicht auf die Haushaltslage könnte die Reform in mehreren Schritten erfolgen.

Fachkräfte: Es ist richtig, dass die Ampel-Koalition den Zugang von Fachkräften aus dem Ausland erleichtert. Doch in den deutschen Auslandsvertretungen dauert die Visa-Erteilung oft Monate und zuweilen Jahre. Das beste Gesetz nutzt wenig, wenn es mit der Anwendung hapert. Die Politik befasst sich zu stark mit Zielen und vernachlässigt die Umsetzung.

Bürokratie: Viele Verbesserungen sind ohne Geld und ohne neue Schulden möglich. Beispiel: Ein großes deutsches Familienunternehmen hat weltweit 20 000 Lieferanten. Das ist kein Vorteil, sondern geht mit einem Bürokratie-Wahnsinn einher: Allein durch das deutsche Lieferkettengesetz sind diesem Unternehmen Anlaufkosten von zwei Millionen Euro entstanden. Für ein einziges Gesetz! Sogar Lieferanten aus der EU müssen überprüft werden. Ein eklatanter Widerspruch zum EU-Binnenmarkt. Die EU will nun neue Haftungsrisiken für Unternehmen schaffen. Alle Vorhaben, die zu mehr Belastungen führen, müssen auf Eis gelegt werden.

Energie: Mit einer Kopf-durch-die-Wand-Mentalität kommen wir nicht weiter. Die Familienunternehmen sind mitten auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Es kann aber nicht sein, dass Verbraucher und Unternehmen in Turbogeschwindigkeit

Veränderungen bewältigen müssen, während Politik und Verwaltung die Voraussetzungen für Klimaschutz im Kriechgang schaffen. Der Stromnetzausbau von Nord nach Süd und West kommt viel zu langsam voran, sodass bisher wenig erneuerbarer Strom in die Industriezentren fließt. Wir müssen das Energieangebot verbreitern. Deutschland hat die höchsten Strompreise der Welt. Für einen Übergangszeitraum ist ein Industriestrompreis notwendig, sonst werden wir Industrien verlieren.

Ein treffendes Bonmot besagt: Wir können nicht davon leben, uns gegenseitig die Haare zu schneiden. Die Politik muss die Sicherung des Industriestandorts endlich in den Mittelpunkt rücken.



Rainer Kirchdörfer
Vorstand der
Stiftung Familienunternehmen
und Politik